

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Queeres Leben im Gestern, im Heute und im Morgen schützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Lebensrealität für Menschen, die weder heterosexuell sind noch den Geschlechternormen entsprechen, ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht diskriminierungsfrei. Das muss sich ändern. Alle Menschen sollen in unserem Bundesland in Würde und ohne Anfeindungen leben können.
2. Familie kann auf vielseitige und unterschiedliche Art und Weise gelebt werden. Regenbogenfamilien erleben durch bundesrechtliche Regelungen im Abstammungsrecht sowie im Alltag, auf der Arbeit oder in der Schule aber weiterhin Diskriminierung. Sie müssen zudem schwierige rechtliche Hürden überwinden. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.
3. Geflüchtete Menschen, die nicht heterosexuell sind oder klassischen Geschlechternormen entsprechen, müssen vor Mehrfachdiskriminierung, auch in ihrer Unterbringung, geschützt werden.
4. Selbsthilfegruppen sind ein wichtiger Bestandteil von gesundheitlicher Daseinsfürsorge und dadurch unterstützens- und erhaltenswert. Sie sollten für alle Menschen in unserem Bundesland erreichbar sein.
5. Homo- und Transphobie an Schulen ist ein großes Problem. Begegnung und Aufklärung können hier Abhilfe schaffen.
6. Die vermehrt zu beobachtende rechte Gewalt gegen CSD-Demonstrationen und Straßenfeste ist eine Gefahr für unsere offene Gesellschaft. Der Besuch von queeren Veranstaltungen muss für alle Bürgerinnen und Bürger gefahrlos möglich sein.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene für eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes einzusetzen, nach der neben der Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität verboten werden soll.
2. die bereits für das Jahr 2025 gefassten Pläne, eine Erinnerungsstätte für queere Opfer des Nationalsozialismus zu errichten, zu konkretisieren und in die Konzeption der Gedenkstätte sowie die Praxis der Gedenkstättenarbeit queere Vereine einzubinden.
3. zu prüfen, wie der Umgang mit queeren Menschen in der DDR in der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in geeigneter Weise thematisiert werden kann.
4. darauf hinzuwirken, dass in bestehenden Angeboten für die Beratung von Familien für die Themen Kinderwunsch und Familienfragen sowie Rechtsberatung auch in Bezug auf Regenbogenfamilien sensibilisiert wird.
5. zentrale, von der Unterbringung unabhängige, digitale Beratungsangebote für queere Geflüchtete zu schaffen.
6. in Kooperation mit der Selbsthilfekontaktstelle Mecklenburg-Vorpommern und den queeren Vereinen im Land die Bekanntheit der bereits bestehenden Fördermöglichkeiten für Peer-to-Peer-Selbsthilfegruppen allgemein zu vergrößern.
7. mit dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung und den queeren Verbänden im Land einen Ratgeber zur Schaffung von schulischen Arbeitsgemeinschaften nach dem Vorbild der „Gay-Straight-Alliance“ zu erstellen. Dieser soll für das Schuljahr 2025/2026 an alle Schulleitungen sowie -sozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter verteilt werden. Ebenso sollen sie den Betreibern von Jugendzentren zur Verfügung gestellt werden.
8. bei der Umplanung von bestehenden oder beim Neubau von Toiletten und Umkleideräumen in allen Landesliegenschaften den Leitfaden „Toiletten und Umkleiden für alle Geschlechter“¹ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für diskriminierungsarme und sichere sanitäre Anlagen zu befolgen.
9. in polizeiliche Schutz- und Absicherungskonzepte für CSD-Demonstrationen und queere Straßenfeste auch einen sicheren Hin- und Rückweg vom Bahnhof zur Veranstaltung mit einzuplanen. Dabei sollten auch bekannte Umsteigebahnhöfe berücksichtigt werden.
10. bis spätestens zum Ende des ersten Quartals 2025 gemeinsam mit dem zuständigen Fachausschuss des Landtages für Soziales, Gesundheit und Sport zu evaluieren, wie die verbindliche Umsetzung über messbare Ziele und klare Fristsetzungen des am 20. August 2024 veröffentlichten Landesaktionsplanes „Vielfalt und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern – In Vielfalt vereint!“ im Rahmen eines Expertengespräches ausgestaltet wird.

Constanze Oehlich und Fraktion

¹ siehe: <https://www.regenbogenportal.de/informationen/toiletten-und-umkleiden-fuer-alle-geschlechter>

Begründung:

Die Kraft unseres Bundeslandes liegt in der Vielfalt seiner Bevölkerung. Diese zu beschützen, muss das langfristige Ziel dieser und der kommenden Landesregierungen sein.

Die Lage für queere Menschen hat sich rechtlich seit der Ehe für alle und dem Gleichbestimmungsgesetz stark verbessert. Trotz diesem Fortschritt hat sich das Sicherheitsgefühl von queeren Menschen reduziert. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung muss entgegengetreten werden. Wenn wir die aktuelle Entwicklung gewähren lassen, akzeptieren wir gesamtgesellschaftliche Schäden, Menschen werden verletzt, Familien nicht gegründet und kreatives und menschliches Kapital wird nicht ausgeschöpft. Mit klaren Worten und Taten, die auch finanziell und personell von der Landesregierung hinterlegt werden, muss gehandelt werden.

Queer als Thema ist allumfassend, weil queere Menschen überall anzutreffen sind. Entsprechend allumfassend sind auch die oben gewählten Themen der Forderungen. Die Themen Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Gedenkkultur und Geflüchtetenhilfe sind behandelt, hier ist der Handlungsbedarf im Land am höchsten.

Der von der Landesregierung vorgestellte Landesaktionsplan „Vielfalt und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern – In Vielfalt vereint!“ wird ebenfalls behandelt. Dieser hat inhaltlich viele Überschneidungen mit den Positionen unserer Fraktion, es fehlt aber an der Fähigkeit, den Erfolg spürbar zu messen und zu konkretisieren. Diese Forderung ist auch deshalb so wichtig, weil das bereits beim vorherigen Landesaktionsplan einen starken Kritikpunkt dargestellt hat.

Alle demokratischen Parteien haben die Pflicht, Minderheiten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu beschützen, ihnen eine Stimme zu geben und ihnen zuzuhören. Wir möchten hier den demokratischen Parteien eine Möglichkeit geben, sich für diese Pflicht auszusprechen und sich konstruktiv an der Debatte zu beteiligen, wie man queeren Menschen am besten ermöglicht, was ihr menschliches Recht ist; schlicht in Ruhe ihr Leben zu leben mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle Menschen.